

7. Dezember 2010

Personalreglement 2011 (PR-11)

Der Grosse Gemeinderat Interlaken,

gestützt auf Artikel 29 des Organisationsreglements 2000 vom 28. November 1999¹,

beschliesst:

I. Allgemeines

Zweck

Artikel 1

Dieses Reglement regelt die Anstellungsverhältnisse der Gemeinde Interlaken als Arbeitgeberin mit ihren Angestellten als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. *

Grundsatz

Artikel 2

¹ Es gilt sinngemäss das Personalrecht des Kantons Bern. Vorbehalten bleiben abweichende Bestimmungen in diesem Reglement oder andern Gemeindeerlassen.

² Insbesondere gelten die Zulagen für das Kantonspersonal, die jeweils gültige Gehaltstabelle und die Entscheide des Regierungsrats über generelle Gehaltsaufstiege (Teuerungsentscheid) auch für die Gemeinde bzw. deren Personal. *

³ Zuständig für die Regelung des individuellen Gehaltsaufstiegs ist jedoch der Gemeinderat. *

II. Abweichungen vom Personalrecht des Kantons

1. Nicht anwendbare Erlasse und Bestimmungen

nicht anwendbare Erlasse

Artikel 3

Folgende Erlasse des kantonalen Personalrechts sind nicht anwendbar:

- a) Stellenvermittlungsverordnung vom 20. April 2005 (StvV, BSG 153.011.2),
- b) ... *
- c) Verordnung vom 3. September 2008 über das Arbeitsverhältnis der Praktikantinnen und Praktikanten (Praktikantenverordnung, PAV; BSG 153.012.1).

nicht anwendbare Bestimmungen in anwendbaren Erlassen

Artikel 4

¹ Neben Bestimmungen, die mangels vergleichbarer Organe, Organisationseinheiten, Funktionen oder Stellen bei der Gemeinde nicht anwendbar sind, sind auch die folgenden Bestimmungen in den Personal-erlassen des Kantons ausdrücklich nicht anwendbar: *

1. Bestimmungen aus dem Personalgesetz (PG, BSG 153.01):

- a) Artikel 4 Buchstaben h und i (Personalpolitik),
- b) Artikel 5 (Konsultation),
- c) Artikel 7a Absätze 2 und 3 (Stellenetat), *
- d) Artikel 30 Absatz 3 (Stellenvermittlung bei Aufhebung von Stellen), *
- e) Artikel 32 Absatz 3 und Artikel 33 bis Artikel 36 (vorsorgerechtliche Folgen bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses), *
- f) Artikel 56 (Mitwirkung bei der Ausbildung) *
- g) Artikel 75 Absätze 2 bis 5 (Gehaltsaufstieg und Berichterstattung), *
- h) Artikel 110 (Gesamtarbeitsvertrag), *
- i) Artikel 115 bis 120 (Schluss- und Übergangsbestimmungen). *

2. Bestimmungen aus der Personalverordnung (PV, BSG 153.011.1):

- a) Artikel 2 (Zuständigkeit),
- b) Artikel 4 (Menschen mit Behinderung),
- c) Artikel 5 Absatz 3, nur betreffend Zweisprachigkeit und Ansprechstelle Personalamt bei Mobbing, *
- d) Artikel 11 und 12 (Stellenschaffung, Stellenbewirtschaftung),
- e) Artikel 30a Absatz 4 (einvernehmliche Auflösung Arbeitsverhältnis) *
- f) Artikel 35 (Richtpositionsumschreibungen),
- g) Artikel 37 (Lehrkräfte),
- h) Artikel 44 Absätze 2 bis 5 und Artikel 45 Absatz 1 (Leistungs- und Verhaltensbeurteilung und Bemessung von zusätzlichen Gehaltsstufen) *
- i) Artikel 88 Absätze 1 und 2 (administrative Abwicklung Leistungsprämie),
- k) Artikel 162 Absätze 2 und 3 (Abänderung Instrumentarium Mitarbeitergespräch),
- l) Artikel 169 (Kurse des Personalamts),
- m) Artikel 195 bis 198 (Bewertungskommission und Betriebskommission),
- n) Artikel 211 Absätze 6 und 7 (Schlichtungsverfahren nach Gleichstellungsgesetz),
- o) Artikel 213 (Stellenplan),
- p) Artikel 215 bis 219 und 222 bis 226 (Übergangsbestimmungen).

² Die Personalgesetzgebung des Kantons ist nicht anwendbar auf nebenamtliche Behördemitglieder der Gemeinde. *

2. Abweichungen von Bestimmungen des Kantons

Personalkommission;
1. Grundsatz

Artikel 5

Anstelle der Betriebskommission nach Artikel 10 PG setzt die Gemeinde eine Personalkommission ein. *

2. Zusammensetzung, Konstituierung

Artikel 6

¹ Die Personalkommission setzt sich aus je drei Arbeitgebervertreterinnen oder -vertretern und drei Personalvertreterinnen oder -vertretern zusammen. Diese werden durch den Gemeinderat auf die gleiche Amtsdauer wie die ständigen Kommissionen gewählt. *

² Die Wahl der Personalvertreterinnen oder -vertreter erfolgt auf Vorschlag des Personals. Die Geschäftsleitungsmitglieder und die Mitarbei-

	tenden Human Resources sind nicht als Personalvertreterin oder Personalvertreter wählbar. *
	³ Die Kommission konstituiert sich selber. *
	⁴ Der oder die Human Resources-Verantwortliche führt das Sekretariat. *
3. Aufgaben	Artikel 7 ¹ Die Personalkommission prüft oder begutachtet allgemeine Personalangelegenheiten der Gemeinde, die ihr vom Gemeinderat oder von der Geschäftsleitung unterbreitet werden. * ² Alle Mitarbeitenden können die Behandlung von Geschäften aus dem Zuständigkeitsbereich der Personalkommission beantragen. ³ Die Personalkommission ist das paritätisch zusammengesetzte Organ für die Belange der beruflichen Vorsorge. *
	Artikel 8 *...
Personalverbände	Artikel 9 Die Arbeitnehmervertretung in der Personalkommission wird mit den Personalverbänden nach den personalrechtlichen Erlassen des Kantons gleichgesetzt. *
	Artikel 10 * ...
Aufsichtsbehörde	Artikel 11 ¹ Aufsichtsbehörde ist der Gemeinderat. * ² Delegiert er die Anstellungskompetenz für einzelne Personalkategorien, kann er für diese auch die Kompetenz als Aufsichtsbehörde delegieren. ³ Ermächtigungen nach Artikel 58 PG erteilt immer der Gemeinderat. *
Ausschreibung von wieder zu besetzenden Stellen	Artikel 12 ¹ Offene, wieder zu besetzende Stellen werden abweichend von Artikel 9 PV mindestens im amtlichen Publikationsorgan oder auf der Homepage der Gemeinde ausgeschrieben. * ² Ausnahmen von der öffentlichen Ausschreibung einer zu besetzenden Stelle beschliesst der Gemeinderat. Er kann die Zuständigkeit delegieren. *
Mitarbeitergespräch	Artikel 12a * ¹ Abweichend von Artikel 48 PG bilden die Leistung und das Verhalten der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters, die Zielvereinbarung, die Arbeitsbedingungen und das Arbeitsklima, die berufliche Entwicklung und die Perspektiven Kernpunkte des Mitarbeitergesprächs. ² Ausgenommen vom Mitarbeitergespräch ist das Reinigungspersonal gemäss Artikel 49 Absatz 1 PV. Dies gilt sinngemäss für alle Mitarbeitenden im Stundenlohn. *
Treueprämie	Artikel 13

Anders als nach Artikel 97 Absatz 1 PV gilt als anrechenbare Dienstzeit für die Anspruchsberechtigung auf Treueprämien die gesamte im Dienst der Gemeinde und bis zum 31. Dezember 2018 im Dienst der Industriellen Betriebe geleistete Dienstzeit. *

² Die Treueprämien werden gemäss PV Art. 95 «Ausrichtung» ausgerichtet, erstmals nach 10 Dienstjahren.*

³ In Abweichung zu PV Art. 95, Abs. 2 und 3 wird die Treueprämie in einem entsprechenden Entgelt einschliesslich des anteilmässigen 13.° Monatsgehalt ausgerichtet. Das Entgelt entspricht einem bezahlten Urlaub von elf Arbeitstagen und wird über den Lohnaufwand verbucht.*

⁴ Eine ganze oder teilweise Umwandlung in bezahlten Urlaub kann durch den Gemeinderat auf Antrag des Mitarbeitenden bewilligt werden.*

Krankentaggeldversicherung

Artikel 14

Im Gegensatz zu Artikel 98 Absatz 3 PG haben sich die Mitarbeitenden nicht an den Prämien einer Krankentaggeldversicherung zu beteiligen.

Berufliche Vorsorge

Artikel 15

¹ Zur Umsetzung von Artikel 99 PG schliesst sich die Gemeinde einer Vorsorgeeinrichtung an. *

² ... *

Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit

Artikel 16

¹ Für Nacht- und Wochenendarbeit werden Geld- und Zeitzuschläge ausgerichtet.

² Die Geldzuschläge entsprechen dem vom Regierungsrat für das Kantonspersonal festgelegten Ansatz.*

³ Die Zeitzuschläge werden abweichend von den Festlegungen des Regierungsrats gemäss Artikel 119 PV wie folgt ausgerichtet:

- a) 25 Prozent für Arbeiten von Montag bis Freitag zwischen 20.00 und 06.00 Uhr sowie am Samstag zwischen 00.00 und 20.00 Uhr,
- b) 50 Prozent für Arbeiten von Samstag, 20.00 Uhr, bis Montag, 06.00 Uhr, sowie an allgemeinen Feiertagen.

⁴ Richtet der Kanton höhere Zeitzuschläge als nach Absatz 3 aus, gelten die kantonalen Bestimmungen.

Pikettzulagen

Artikel 17

¹ Für die Pikettzulagen gilt abweichend von den Festlegungen des Regierungsrats gemäss Artikel 84a und Artikel 84c Absatz 3 PV der folgende Absatz 2.*

² Die Pikettzulagen werden durch den Gemeinderat im Rahmen folgender Leitplanken festgesetzt: *

- a) Die Pikettzulage erfolgt in Geld oder in zusätzlichen Freitagen; eine Kombination ist möglich.
- b) Die Geldzulage pro Piketttag entspricht maximal dem Ansatz des Regierungsrats für den Präsenzdienst.
- c) Die Pikettzulage in zusätzlichen Freitagen beträgt maximal einen Tag für eine Pikettwoche von sieben Tagen inklusive einem

Wochenende und von einem halben Tag pro Feiertag, wenn dieser auf einen Werktag fällt.

³ ... *

Gemeindevertretungen

Artikel 17a *

¹ Artikel 52a Absatz 2 PG wird erst angewendet, wenn eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter für eine Tätigkeit nach Artikel 52a Absatz 1 PG mehr als 15 Arbeitstage beansprucht.

² Der Gemeinderat kann in besonderen Fällen eine abweichende Regelung treffen.

Kündigungsfrist

Artikel 18

Der Gemeinderat kann in den Anstellungsverträgen ab Gehaltsklasse 19 eine von Artikel 24 und Artikel 25 Absatz 1 PG gegen oben abweichende Kündigungsfrist bis maximal sechs Monate vereinbaren. *

Artikel 18a * ...

Reduktion des Beschäftigungsgrads nach Geburt oder Adoption

Artikel 18b *

Abweichend von Artikel 60c Absatz 1 PV besteht für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Führungsfunktionen kein Anspruch auf Reduktion des Beschäftigungsgrads bei Geburt oder Adoption. Der Gemeinderat kann auf Gesuch hin eine Reduktion bewilligen, sofern die Reduktion organisatorisch und betrieblich umsetzbar ist.

Jahresarbeitszeitsaldo

Artikel 18c *

¹ In Abweichung zu PV art. 136b genannten Saldi werden diese in Relation zum Beschäftigungsgrad gesetzt. Die genannten Saldi gelten somit bei einem Pensum von 100 Stellenprozenten und werden bei reduziertem Beschäftigungsgrad entsprechend angepasst.

² In Abweichung zu PV Art. 136b, Abs. 3 kann statt einer Kompensation in Geld ein Übertrag des Zeitguthabens auf das Folgejahr erfolgen. Dafür muss zwingend jährlich durch den Mitarbeitenden ein Antrag an den Gemeinderat gestellt werden. Nach der Bewilligung werden die Details in einer Abbavereinbarung jährlich neu vereinbart.

Bildung der Langzeitkontoguthaben

Artikel 18d *

¹ In Abweichung zu PV Art. 160b, Abs. 3 kann der Ressortvorsteher nach Antrag des Mitarbeitenden den zulässigen Höchstsaldo für das Langzeitkonto-Guthaben von 50 Tagen in Ausnahmefällen für einzelne Mitarbeitende entsprechend erhöhen. Es wird jährlich eine entsprechende Vereinbarung mit Abbaumöglichkeiten erstellt und vom Gemeinderat genehmigt.

III. Schluss- und Übergangsbestimmungen

Verordnungen des Gemeinderats *

Artikel 19

¹ Der Gemeinderat reiht die Funktionen und Stellen mittels Verordnung in eine Gehaltsklasse ein. *

² Der Gemeinderat erlässt soweit nötig Ausführungsbestimmungen, insbesondere betreffend der gemeindeinternen Zuständigkeiten, betref-

gend Pikettzulagen gemäss Artikel 17 und in Bereichen, in denen der Kanton keine eigenen Ausführungsbestimmungen erlassen hat. Er kann diese Kompetenz delegieren. *

Artikel 20 * ...

Anstellungsart

Artikel 21

Vor dem 31. Dezember 2010 mit Verfügung oder mit privatrechtlichem Vertrag begründete Arbeitsverhältnisse werden ohne weiteres nach neuem Recht weitergeführt. Sie werden jedoch durch einen öffentlich-rechtlichen Vertrag ersetzt, wenn sie eine Änderung erfahren.

Artikel 22 * ...

Artikel 23 * ...

Änderung eines Erlasses

Artikel 24

Das Kommissionenreglement 2005 vom 19. Oktober 2004² wird wie folgt geändert: ...

Inkrafttreten

Artikel 25

Dieses Reglement tritt auf den 1. Januar 2011 in Kraft und ersetzt das Personalreglement vom 23. September 1990.

Interlaken, 7. Dezember 2010

IM NAMEN DES GROSSEN GEMEINDERATES

Kaspar Boss Philipp Goetschi
Präsident Sekretär

Übergangsbestimmung zur Änderung vom 15. März 2016

Abweichend von den Übergangsbestimmungen zur Personalverordnungsänderung vom 28. Oktober 2015 gilt:

1. Die Übergangsfrist zum Abbau oder zur Abgeltung von LZK-Guthaben von mehr als 50 Tagen dauert bis zum 31. Dezember 2022.
2. Der Gemeinderat bzw. der Verwaltungsrat der Industriellen Betriebe können Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die am 1. Januar 2016 ein LZK-Guthaben von mehr als 50 Tagen ausweisen, auf begründetes Gesuch hin jährlich und bis längstens am 1. Januar 2022 einen weiteren Übertrag von Ferientagen auf das Langzeitkonto bis zu einem Maximalsaldo von 125 Tagen bewilligen.

Änderungstabelle nach Beschluss

Beschluss	Inkrafttreten	Element	Änderung
07.12.2010	01.01.2011	Erlass	Erstfassung
26.03.2013	01.01.2013	Art. 10	aufgehoben
03.02.2015	01.01.2015	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. d	geändert
03.02.2015	01.01.2015	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. f	geändert
03.02.2015	01.01.2015	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. e	geändert
03.02.2015	01.01.2015	Art. 17 Abs. 1	geändert
03.02.2015	01.01.2015	Art. 18a	eingefügt
03.02.2015	01.01.2015	Art. 23	aufgehoben
15.03.2016	01.01.2016	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. h	geändert

15.03.2016	01.01.2016	Art. 12a	eingefügt
15.03.2016	01.01.2016	Art. 22	aufgehoben
28.03.2017	01.01.2017	Art. 3 Bst. b	aufgehoben
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. c	eingefügt
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. d	bisher Bst. c
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. e	bisher Bst. d
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. f	bisher Bst. e
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. g	bisher Bst. f
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. h	bisher Bst. g
28.03.2017	01.01.2017	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. i	bisher Bst. h
28.03.2017	01.01.2017	Art. 17a	eingefügt
28.03.2017	01.01.2017	Art. 18b	eingefügt
23.09.2018	01.01.2019	Art. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 2 Abs. 2	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 2 Abs. 3	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 4 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 4 Abs. 2	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 5	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 6 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 6 Abs. 3	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 7 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 8	aufgehoben
23.09.2018	01.01.2019	Art. 9	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 11 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 11 Abs. 3	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 12 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 12 Abs. 2	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 13	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 15 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 15 Abs. 2	aufgehoben
23.09.2018	01.01.2019	Art. 17 Abs. 2	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 17a Abs. 2	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 18	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 18a	aufgehoben
23.09.2018	01.01.2019	Art. 19 Marginalie	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 19 Abs. 1	geändert
23.09.2018	01.01.2019	Art. 19 Abs. 2	geändert
28.01.2020	01.01.2020	Art. 4 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. c	geändert
28.01.2020	01.01.2020	Art. 7 Abs. 2	geändert
28.01.2020	01.01.2020	Art. 16 Abs. 2	geändert
28.01.2020	01.01.2020	Art. 17 Abs. 3	eingefügt
28.01.2020	01.01.2020	Art. 18b	geändert
28.01.2020	01.01.2020	Art. 20	aufgehoben
28.06.2022	01.08.2022	Art. 6 Abs. 2	geändert
28.06.2022	01.08.2022	Art. 6 Abs. 3	geändert
28.06.2022	01.08.2022	Art. 6 Abs. 4	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 12 a Abs. 2	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 13 Abs. 2	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 13 Abs. 3	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 13 Abs. 4	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 16 Abs. 2	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 17 Abs. 3	geändert
15.10.2024	01.01.2025	Art. 18c	eingefügt
15.10.2024	01.01.2025	Art. 18d	eingefügt

Änderungstabelle nach Artikel

Element	Beschluss	Inkrafttreten	Änderung
---------	-----------	---------------	----------

Erlass	07.12.2010	01.01.2011	Erstfassung
Art. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 2 Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 2 Abs. 3	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 3 Bst. b	28.03.2017	01.01.2017	aufgehoben
Art. 4 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. c	28.03.2017	01.01.2017	eingefügt
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. d	03.02.2015	01.01.2015	geändert
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. d	28.03.2017	01.01.2017	bisher Bst. c
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. e	28.03.2017	01.01.2017	bisher Bst. d
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. f	03.02.2015	01.01.2015	geändert
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. f	28.03.2017	01.01.2017	bisher Bst. e
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. g	28.03.2017	01.01.2017	bisher Bst. f
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. h	28.03.2017	01.01.2017	bisher Bst. g
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. i	28.03.2017	01.01.2017	bisher Bst. h
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. c	28.01.2020	01.01.2020	geändert
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. e	03.02.2015	01.01.2015	geändert
Art. 4 Abs. 1 Ziff. 2 Bst. h	15.03.2016	01.01.2016	geändert
Art. 4 Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 5	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 6 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 6 Abs. 2	28.06.2022	01.08.2022	geändert
Art. 6 Abs. 3	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 6 Abs. 3	28.06.2022	01.08.2022	geändert
Art. 6 Abs. 4	28.06.2022	01.08.2022	geändert
Art. 7 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 7 Abs. 2	28.01.2020	01.01.2020	geändert
Art. 8	23.09.2018	01.01.2019	aufgehoben
Art. 9	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 10	26.03.2013	01.01.2013	aufgehoben
Art. 11 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 11 Abs. 3	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 12 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 12 Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 12a	15.03.2016	01.01.2016	eingefügt
Art. 12 a Abs. 2	15.10.2024	01.01.2025	geändert
Art. 12 a Abs. 3	15.10.2024	01.01.2025	geändert
Art. 12 a Abs. 4	15.10.2024	01.01.2025	geändert
Art. 13	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 13 Abs. 2	15.10.2024	01.01.2025	eingefügt
Art. 13 Abs. 3	15.10.2024	01.01.2025	eingefügt
Art. 13 Abs. 4	15.10.2024	01.01.2025	eingefügt
Art. 15 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 15 Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	aufgehoben
Art. 16 Abs. 2	28.01.2020	01.01.2020	geändert
Art. 16 Abs. 2	15.10.2024	01.01.2025	geändert
Art. 17 Abs. 1	03.02.2015	01.01.2015	geändert
Art. 17 Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 17 Abs. 3	28.01.2020	01.01.2020	eingefügt
Art. 17 Abs. 3	15.10.2024	01.01.2025	geändert
Art. 17a Abs. 1	28.03.2017	01.01.2017	eingefügt
Art. 17a Abs. 2	28.03.2017	01.01.2017	eingefügt
Art. 17a Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 18	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 18a	03.02.2015	01.01.2015	eingefügt
Art. 18a	23.09.2018	01.01.2019	aufgehoben
Art. 18b	28.03.2017	01.01.2017	eingefügt
Art. 18b	28.01.2020	01.01.2020	geändert
Art. 18c	15.10.2024	01.01.2025	eingefügt

Art. 18d	15.10.2024	01.01.2025	eingefügt
Art. 19 Marginalie	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 19 Abs. 1	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 19 Abs. 2	23.09.2018	01.01.2019	geändert
Art. 20	28.01.2020	01.01.2020	aufgehoben
Art. 22	15.03.2016	01.01.2016	aufgehoben
Art. 23	03.02.2015	01.01.2015	aufgehoben

¹ ISR 101.1

² ISR 153.11